

## **„Gemeinsam für Radebeul“**

### **Erklärung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Dr. Ulrich Reusch zum Beginn der Wahlperiode in der Stadtratssitzung am 26.08.2009**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte!

Die heutige erste Sitzung des neugewählten Stadtrates der Großen Kreisstadt Radebeul ist geprägt von notwendigen und wichtigen Formalien, aber keineswegs eine bloße Formsache. Schließlich konstituiert sich heute das Hauptorgan der kommunalen Selbstverwaltung unserer Stadt. Und deshalb ist es angemessen und guter Brauch, daß vor der Ausschuß- und Gremienbesetzung die Fraktionen mit grundsätzlichen Erklärungen zu Wort kommen, um die Bedeutung der heutigen Sitzung zu unterstreichen.

Die demokratische Wende in der DDR vor 20 Jahren nahm ihren Anfang mit dem Protest einer immer breiter werdenden Bürgerbewegung gegen die gefälschten Kommunalwahlen von 1989, der schließlich in den allgemeinen Ruf nach Demokratie, Selbstbestimmung und nationaler Einheit mündete. Der Kampf um wahre Demokratie nahm also auf der kommunalen Ebene seinen Anfang. Und wenn die ersten freien Wahlen zur Volkskammer im Mai 1990 nicht auf den ursprünglich für die Wiederholung der gefälschten Kommunalwahlen vorgesehenen Termin hätten vorgezogen müssen, dann wären die Kommunalwahlen 1990 die ersten freien Wahlen gewesen, dann hätte die Demokratisierung der DDR also auch förmlich mit der kommunalen Ebene begonnen.

Daran heute zu erinnern, zeigt auf, in welcher Tradition und in welcher Verpflichtung – den Wählern, den Bürgern, den Einwohnern gegenüber – wir alle miteinander stehen. Wir verwalten ein wertvolles demokratisches Erbe, und zwar indem wir Kommunalpolitik konsequent demokratisch gestalten, nicht nur der Form nach, die sehr wichtig ist, sondern auch im Wesentlichen.

Tradition und Verpflichtung, Kommunalpolitik demokratisch, also bürgernah, transparent und offen, zu gestalten, empfinden selbstverständlich auch diejenigen hier unter uns, mich eingeschlossen, die das Glück hatten, schon vor 1990 in einer Demokratie zu leben. Im Westen Deutschlands begann der demokratische Neuanfang nach dem Ende des totalitären und verbrecherischen NS-Regimes unter der Ägide der westlichen Alliierten mit ersten freien Wahlen auf der kommunalen Ebene. *Building up democracy from the bottom* lautete die schlichte Devise in der Sprache der Besatzer, die anders als in der DDR auch als Befreier kamen. Die Nachkriegsgeneration erlebte Kommunalpolitik gerade so, wie der Soziologe René König sie trefflich charakterisierte, nämlich als „die Schule der Demokratie“.

Wir sollten uns bei unserer Arbeit im Stadtrat stets bewußt bleiben, daß wir gewissermaßen die Basis der demokratischen Staatsordnung bilden und als erstes und direktes Vorbild zu dienen haben. Aber mehr noch: Der Stadtrat ist weder ein verkürzter noch ein verhinderter Bundestag, sondern in der Kommune sogar das Hauptorgan. Unsere Rolle ist nicht auf Kontrolle der Verwaltung beschränkt, wir sind Teil, ja Haupt der Verwaltung, wenn auch deren Leitung wie die Vertretung der Stadt nach außen dem Oberbürgermeister obliegen. Auch der Oberbürgermeister ist durch Volkswahl direkt demokratisch legitimiert und als Vorsitzender seinerseits Teil des Stadtrates. Diese Art von Machtbalance ist von der Sächsischen Gemeindeordnung so gewollt. Und in der Wirklichkeit kann es einen fruchtbaren Dialog ebenso geben wie fruchtlosen oder furchtbaren Dualismus.

Daher sind zwei Dinge wichtig: ein selbstbewußter Stadtrat und eine selbstbewußte Verwaltung, ein verantwortungsbewußter Stadtrat und eine Verwaltung, die bereit ist, sich gegenüber dem Stadtrat fachlich wie politisch zu verantworten. Geeint in dem Bestreben, zum Wohle der Stadt zusammenzuarbeiten. Unsere Hauptaufgabe besteht also in der geregelten, verlässlichen und damit gedeihlichen Zusammenarbeit, sowohl hier im Stadtrat untereinander und als auch mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung.

Die Parteien sind mit ihren unterschiedlich profilierten Programmen in die Kommunalwahl gezogen und entsprechend ihrem Zuspruch mit ihren nach wie vor unterschiedlichen Grundsätzen und verschiedenen Vorstellungen in den Stadtrat eingezogen. Ihre Wähler erwarten von ihnen Grundsatztreue, und das sollten wir im Umgang miteinander auch akzeptieren, also: daß wir verschieden sind und wohl auch bleiben. Gleichwohl haben wir jetzt im Stadtrat auch ein gemeinsames Mandat im Sinne unserer Verpflichtungserklärung. Denn als Stadträte sind wir in erster Linie dem Wohl der Stadt Radebeul verpflichtet.

Abschließend verzichte ich bewußt darauf, künftige Schwerpunkte der Stadtpolitik aus der Sicht meiner Fraktion, der stärksten, der CDU-Fraktion, hier auszubreiten. Sie stehen in unserem allerorten nachlesbaren Wahlprogramm, das übrigens immer noch gültig ist. Ich möchte vielmehr in vier Thesen zusammenfassen, was aus Sicht der CDU-Fraktion vordringliche gemeinsame Themen der Arbeit dieses Stadtrates sein können.

- Radebeul ist die einzige wachsende Stadt im Landkreis Meißen, die zweitgrößte und im Laufe dieser Wahlperiode dann womöglich die größte Stadt im Landkreis. Wir müssen mit unserer Politik in den Bereichen Kinderbetreuung und Bildung, Kultur, Infrastruktur und Wirtschaftsförderung diese Dynamik unserer Entwicklung aufnehmen und flankieren. Wir müssen auch die Politik des Landkreises aktiv, engagiert und selbstbewußt mitgestalten. Topographisch mögen wir am Rande liegen, politisch sind wir mittendrin!
- Radebeul ist Nachbar der ebenfalls dynamischen Landeshauptstadt. Diese Nachbarschaft ist nicht akzidentiell, sondern eine zu gestaltende Vorgabe. Wir sind kein Übernahmekandidat, sondern der, wenn auch erheblich kleinere, Partner Dresdens. Wir müssen unsere Rolle selbstbewußt und kooperativ wahrnehmen und dürfen uns nicht marginalisieren lassen.

- Radebeul darf sich nicht in Partikularinteressen auflösen. Wir im Stadtrat müssen die berechtigten Belange der Bürger und ihrer Initiativen auf- und ernst zu nehmen, aber wir dürfen uns nicht davor drücken, gemeinsam auch unpopuläre Entscheidungen begründet zu treffen, und müssen dann dazu stehen.
- Radebeul muß auch bei zunehmend schwierigeren finanziellen Bedingungen seinen Charakter als Wein- und Gartenstadt, als familien- und kinderfreundliche Stadt, als kulturelles Zentrum, als Industriestandort wahren. Anders gesagt: Die politischen Schwerpunkte der letzten zehn Jahre - des Stadtrates wie des Oberbürgermeisters - müssen für uns auch in den nächsten fünf Jahren verbindlich bleiben. Sonst verspielen wir unseren Anspruch auf Gestaltung und Selbständigkeit als Stadt.

Bewußt habe ich darauf verzichtet, diese vier Grundsatzthesen thematisch zu konkretisieren. Wer sich in der Stadtpolitik auskennt, weiß ohnehin, worauf angespielt wurde. Mir kommt es darauf an, daß wir im Stadtrat eine gemeinsame Basis für die weitere Entwicklung unserer Stadt definieren, ob nun im Ältestenrat, in den Ausschüssen oder in einem informellen Zusammenwirken sei dahingestellt.

Eins steht fest: Wir müssen mehr noch als schon in der Vergangenheit fraktionsübergreifend überlegen und erörtern, was wir gemeinsam erreichen wollen und können. Die CDU-Fraktion will auch in dieser Wahlperiode engagiert arbeiten mit Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: **gemeinsam für Radebeul!**